

Rathaus Leutershausen am Markt 1 - 3 Sitzungssaal 1. Stock

Tagesordnung und Beschlussfassungen der Stadtratssitzung vom Dienstag, den 21.11.2017 - 20.00 Uhr - Öffentliche Sitzung

Die Fraktionen CSU, ALL und Herr [REDACTED] haben am 26.10.2017 folgenden Antrag gestellt, der von Frau Bürgermeisterin [REDACTED] verlesen wird:

„Der Stadtrat möge beschließen:

Die Unternehmenssatzung des Kommunalunternehmens Leutershausen wird wie folgt geändert:

§5 (1) Für jedes stimmberechtigte Mitglied des Verwaltungsrates wird ein Vertreter aus dem Stadtrat benannt. Die Vertreter sind berechtigt an jeder Sitzung des Verwaltungsrates teilzunehmen. Im Vertretungsfall auch stimmberechtigt.

Folgende Beträge werden geändert:

§ 6 (3) m) im Einzelfall den Betrag von 15.000,00 €

§ 6 (3) n) die den Betrag von 15.000,00 € übersteigen

§ 6 (3) o) um mehr als 15.000,00 €

Zudem sind folgende Regelungen durch einen Juristen in die Satzung einzuarbeiten:

Alle Einzelvorhaben mit einem Volumen von mehr als 15.000 € werden dem Verwaltungsrat zum Beschluss vorgelegt. Dies gilt auch dann, wenn sie im Rahmen des beschlossenen Wirtschafts- und Erfolgsplans liegen (Regelung analog der Geschäftsordnung des Stadtrates (§14).

Begründung: Die beantragten Änderungen sollen eine bessere Verzahnung der Arbeit des Vorstandes des Kommunalunternehmens und des Stadtrates bewirken.

Beschluss:

Die Entscheidung über den Antrag der CSU / ALL / Herrn [REDACTED] vom 26.10.2017 wird auf die nächste Stadtratssitzung vertagt.

Abstimmungsergebnis 13/7/0

01 Bebauungsplan Kienberg II; Herstellung eines Grünstreifens zwischen den Baugebieten Kienberg I und II

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, einen Sichtschutz in Form einer einreihigen Hainbuchenhecke zu pflanzen über die Länge von ca. 83 m.

Abstimmungsergebnis 20/0/0

02 Vorbereitung und Aufstellung des Bayerischen Städtebauförderprogramms 2018; Jahresantrag für die Altstadt

Beschluss:

Der Jahresantrag 2018 für die Städtebauförderung (Maßnahme: Altstadt) wird entsprechend der Bedarfsmitteilung gestellt.

Abstimmungsergebnis 20/0/0

03 Mitteilungen

- Die Fraktionsrunde am 05. Dezember 2017 entfällt. Dafür findet an diesem Tag eine Sitzung des Bauausschusses statt.
- Rundmail von Herrn SR [REDACTED] „Textfresser“ Ausdrücklicher Hinweis darauf, dass der Verwaltung der zu veröffentlichende Text für das Mitteilungsblatt unvollständig vorlag. Warum müssen solche Neben-Baustellen aufgemacht werden, anstatt die wirklich dringend anstehenden Themen gemeinsam anzupacken? Hr. [REDACTED] erklärt, dass er die Texte vollständig an die Verwaltung gesandt hatte und belegt dies anhand der Antwortmail von Fr. [REDACTED], die den kompletten Text laut beinhaltet. Es war auch nie seine Absicht, "Neben-Baustellen aufzumachen", sondern in seiner Rundmail einen Artikel den Bürgern komplett zur Verfügung zu stellen.
- Museum: Das VgV-Verfahren läuft. Derzeit sind noch 5 Bewerber im Rennen.

04 Wünsche und Anfragen

- SR [REDACTED]: Im Rechnungsprüfungsausschuss wurde die Frage gestellt, warum ein externer Antrag zur Feuerwehrbedarfsplanung gestellt wurde.

SB: Der Bayerische Gemeindetag hat im Jahr 2015 dringend empfohlen, eine solche Feuerwehrbedarfsplanung durchzuführen. Dieser sollte 11/2016 fertiggestellt sein, war aber bei meinem Amtsantritt noch in Arbeit. Hinsichtlich der Bedarfsplanung lag nichts Substanzielles vor, was für die Stadt ein sehr großes Haftungsrisiko bedeutet. Die Beauftragung ist eine Aufgabe der laufenden Verwaltung, die Kosten für die Feuerwehrbedarfsplanung belaufen sich auf ca. € 11.000,00. Um Planungssicherheit für die Feuerwehrkommandanten herstellen zu können, ist die Stadt der Empfehlung, unabhängige Berater einzusetzen, gefolgt. So ergab diese Bedarfsplanung z.B., dass die Feuerwehr-Löschteiche dringend eingezäunt werden müssen.

- SR [REDACTED]: Wann ist die Feuerwehrbedarfsplanung fertig?

SB: Realistisch gesehen in ca. 6 Monaten, die Erstellung der Feuerwehrbedarfsplanung läuft aber schon 2 Monate.

- SR [REDACTED]: Bittet darum, die schriftlichen Ausführungen von Herrn [REDACTED] aus der Sitzung vom 19.09.2017 zu kopieren und den Stadträten zur Verfügung zu stellen.

SB: Hier muss zunächst geprüft werden, ob dies möglich ist -> Herausgabe von Unterlagen aus nichtöffentlicher Sitzung)

- SR [REDACTED]: Möchte, um ebenfalls Planungssicherheit zu haben, den Sitzungsplan für das Jahr 2018. Sie unterstützt den Wunsch von Frau [REDACTED] nach konstruktivem Arbeiten im Stadtrat, aber auch gegensätzliche Meinungen müssen respektiert werden.

SB: Hinterrücks reden ist nicht konstruktiv zusammenarbeiten. Warum wurde wieder eine Anfrage an die Rechtsaufsicht gestellt und nicht die offenen Fragen miteinander geklärt?

- SR [REDACTED]: Er hatte Herrn [REDACTED] angeschrieben und um Angabe von Quellen gebeten. Hierauf erhielt er keine Antwort, so dass er sich an die Rechtsaufsichtsbehörde wenden musste. Das ist als Stadtrat im übrigen sein gutes Recht. Die von Herrn [REDACTED] erläuterte weitgehende Geheimhaltung ist nicht deckungsgleich mit den Informationen, die ihm vorliegen. Als Steuerberater dürfe Herr [REDACTED] zudem gar nicht rechtlich beraten. Zudem sollten auf der Homepage der Stadt die Bilder geändert werden. Diese jetzt verwendeten Bilder sind nicht einladend.

SB: Seit einem Jahr ist das Thema der Verschwiegenheitspflicht / Geheimhaltung der Mitglieder des Verwaltungsrates des KUL – auch mit juristischer Begleitung – erörtert worden. Es ist nicht nachvollziehbar, ihm als Stadtrat und Arzt nicht verständlich machen zu können, dass er als Mitglied des Verwaltungsrates zur Verschwiegenheit verpflichtet ist.

- SR [REDACTED]: Die Intransparenz des KUL ist rechtlich seiner Meinung nach nicht gedeckt und stellt aus seiner Sicht einen Eingriff in das Recht der Bürger dar. Die Anfragen bei der Rechtsaufsichtsbehörde sind sein gutes Recht und das lässt er sich auch nicht nehmen.

SB: Diese Einstellung erweckt den Eindruck, als gäbe es die gesetzliche Regelung einer nichtöffentlichen Sitzung nicht. Die Sitzungen des KUL sind nichtöffentlich. Die Pflicht zur Verschwiegenheit / Geheimhaltung greift hier genauso, wie bei nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrates. Warum sind Sie in diesen Gremien, wenn Sie grundlegendste Dinge nicht verstehen? Im Ergebnis kosten diese überflüssigen Diskussionen Zeit, die dem Gremium für andere Themen nicht zur Verfügung steht. Auch die durch seine Anfragen erforderlichen Stellungnahmen an die Rechtsaufsicht kosten Zeit und Ressourcen, die für wichtigere Themen verwendet werden könnten.

- SR [REDACTED]: Sie möchte die Pflichtsitzungen des Stadtrates terminiert haben.

SB: Hier gibt es noch keine Planungssicherheit. Terminierungen erfolgen zu gegebener Zeit.

- SR [REDACTED]: Wie ist der Stand hinsichtlich der Termine für die Einsicht in die Schmutzfrachtberechnung?

CS: Abstimmung läuft. Aufgrund der bestehenden Arbeitsüberlastung und der gehäuftten Sitzungstermine in den letzten Wochen war eine abschließende Abstimmung mit allen Beteiligten noch nicht möglich.

- SR [XXXXXXXXXX]: Zum Thema Vertrauen dementiert er die getätigte Aussage der Bürgermeisterin, man würde sie nicht verstehen oder ihr nicht vertrauen. Es gibt nach seinem Empfinden 2 Personen, die aneinander vorbeireden. Diese sollten sich zu einem 4-Augen-Gespräch zusammensetzen. Er für seinen Teil empfindet die Arbeit im Verwaltungsrat des KUL als konstruktiv. Die schriftlichen Ausführungen von Herrn [XXXXXXXXXX] aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 19.09.2017 möchte er ebenfalls gern in Schriftform ausgehändigt bekommen. Herr [XXXXXXXXXX] bittet weiter darum, in der Öffentlichkeit die Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat des KUL nicht so darzustellen, als wäre diese schlecht. Demokratische Entscheidungen müssen auch von den Mitgliedern des Verwaltungsrates oder Stadtrates mitgetragen werden, die in der Abstimmung dagegen gestimmt haben. Er schlägt vor, zusammen mal ein Bier zu trinken und sich in entspannter Atmosphäre einmal auszutauschen.

SB: Statt eines 4-Augen-Gesprächs wurde die Rechtsaufsicht angeschrieben. Das ist keine gute Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Das Wahlergebnis in der Bürgermeisterwahl war auch eine demokratische Entscheidung der Bürger. Diese wollen eine Veränderung. Der Stadtrat und der Verwaltungsrat demonstrieren in der Öffentlichkeit ein „Ja“ zu dieser von den Bürgern gewollten Veränderung, die hierfür notwendigen Schritte werden aber von den Gremien nicht gegangen, sondern im Gegenteil blockiert. Im KUL geht es um objektive Notwendigkeiten, da muss man als Stadtrat und / oder Verwaltungsrat des KUL auch einmal weg von persönlichen Befindlichkeiten. Es besteht Zeitdruck bei den anzugehenden Themen, die keine Zeit lassen für monatelange Basisdemokratie. Die Stadt befindet sich in einer akuten finanziellen Krise. Da gilt es, voran zu gehen und zwar schnellstmöglich.

- SR [XXXXXXXXXX]: Wie ist der Sachstand bezüglich der Zuschuss-Anfrage Wohnpark am Weiher?

SB: Ein Zuschuss in Höhe von € 1.000,00 wurde bewilligt. Der Zuschussbedarf ist seitens des Wohnparks am Weiher nicht nachgewiesen, die Höhe des Zuschusses ist nicht begründet, so dass der Zuschuss in Höhe von € 3.000,00 – wie beantragt – nicht bewilligt werden konnte. Die Änderung der Abrechnungsart für den Wohnpark am Weiher ist nur mit Zuschuss möglich, hierfür ist aber kein Zuschuss explizit in der Höhe von € 3.000,00 erforderlich; € 1.000,00 erfüllen den angestrebten Zweck ebenso gut.

- SR [XXXXXXXXXX]: Warum wurden bisher die für 2017 festgelegten Planstellen nicht besetzt?

SB: Hier wurde mit Zurückhaltung agiert, um keine unnötigen Kosten zu produzieren. Es läuft derzeit ein Antrag zu einem Förderprogramm, das die Chance bietet, für 3 Jahre eine Projektleiterstelle gefördert zu bekommen. Eine Entscheidung über den Antrag wird im 1. Quartal 2018 erwartet.

- SR [XXXXXXXXXX]: Ihm ist zu Ohren gekommen, dass die Weihnachtsmarkt-Planungen stocken?

SB: Der Gewerbering beteiligt sich in 2017 nicht am Weihnachtsmarkt. Bei den Planungen / Vorbereitungen der Stadt für den Weihnachtsmarkt stockt nichts. Es gibt immer wieder Themen auf der Tagesordnung für die Stadtratssitzung, die sie überraschen. Es werden Grundstücke reserviert, diese Reservierung ist dann wieder hinfällig, solche Fakten erfährt sie „nebenbei“. Hier ist ein besserer Informationsfluss gewünscht. Auch dazu dienen z.B. die Runden für die Fraktionsvorsitzenden. Information ist keine Einbahnstraße.

- SR [XXXXXXXXXX]: Weist auf die Einladung der Eine-Welt-Initiative hin.

Anmerkung: Abstimmungsergebnis: ja/nein/persönlich beteiligt